



<b>Title</b>	Mehr Recht auf Transparenz: Neues EU-Gesetz stärkt die Lohnungleichheit
<b>Authors(s)</b>	Erne, Roland
<b>Publication date</b>	2023-09-15
<b>Publication information</b>	Erne, Roland. "Mehr Recht auf Transparenz: Neues EU-Gesetz stärkt die Lohnungleichheit." Unia, September 15, 2023.
<b>Publisher</b>	Unia
<b>Item record/more information</b>	<a href="http://hdl.handle.net/10197/28468">http://hdl.handle.net/10197/28468</a>

Downloaded 2026-04-30 20:55:28

The UCD community has made this article openly available. Please share how this access benefits you. Your story matters! (@ucd\_oa)



© Some rights reserved. For more information

## Mehr Recht auf Transparenz Neues EU-Gesetz stärkt die Lohn-gleichheit

Das Recht auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit gilt seit Jahren. Trotzdem verdienen Frauen in der EU noch immer viel weniger als Männer, nämlich 14,4 Prozent im Jahr 2018. Laut Eurostat lässt sich diese Lohndiskriminierung nur zu einem kleinen Teil



**Erne Europa**  
Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

mit strukturellen Faktoren erklären wie Alter, Bildung, Beruf, Berufserfahrung, Art des Arbeitsvertrags, Branche, Betriebsgrösse, Betriebsinhaber oder Betriebsort. Auch nach Berücksichtigung dieser Faktoren verdienten Frauen laut Eurostat in der EU noch 11,2 Prozent weniger als Männer.

**RISIKO.** Wieso versagt das bisherige Recht so kläglich, wenn es um den Lohnschutz für Frauen geht? Die Antwort liegt in den bisherigen Gesetzen: Die Frauen sind gezwungen, gegen ihre Arbeitgeber vor Gericht zu ziehen, wenn sie ihr Recht durchsetzen möchten. Solche Prozesse sind nicht einfach zu gewinnen, da Firmen ihre Löhne geheim halten können. Zudem müssen Klägerinnen auch mit Revancheaktionen ihrer Arbeitgeber rechnen. Zwischen 1996 und 2007 kam es daher in Deutschland nur zu 31 Lohngleichheitsprozessen, in Frankreich zu 16 und in Polen sogar nur zu einem einzigen! Auf Druck der Gewerkschaften verabschiedete die EU in diesem Mai deshalb eine neue Richtlinie «zur Stärkung der Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit».

**Bisher blieb den Frauen nur der riskante Gang vor Gericht.**

**STÄRKUNG.** Dieses neue EU-Gesetz stärkt die Lohntransparenz und die Durchsetzung der Lohngleichheit. Künftig hat jede Beschäftigte das Recht, den Durchschnittslohn aller Beschäftigten zu erfahren, die im selben Betrieb eine gleichwertige Arbeit verrichten. Jeder Betrieb mit mehr als 100 Mitarbeitenden wird verpflichtet, regelmässig über das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu berichten. Zudem dürfen EU-Staaten künftig betriebliche Lohninformationen auch selbst zusammenstellen und veröffentlichen, und zwar auf Grundlage der Daten der Arbeitgeber für die Steuer- und Sozialversicherungsbehörden. Beträgt der Lohnunterschied mehr als fünf Prozent und kann dies nicht objektiv begründet werden, muss der Betrieb mit einer Arbeitnehmervertretung Abhilfemassnahmen vereinbaren. Zudem kann die Vergabe von öffentlichen Aufträgen künftig auch von der Durchsetzung der Lohngleichheit abhängig gemacht werden. Weitere Massnahmen wie eine Beweislasterleichterung oder ein besserer Schutz gegen Racheakte für Klagende stärken ebenfalls den Lohnschutz für Frauen und die Lohngleichheit.

# Bürgerliche kuschen vor Monsterbank UBS: Das Volk in Geiselhaft

**29 Milliarden Gewinn schreibt die UBS dank der vom Bundesrat mit Volksvermögen gesicherten Übernahme der Credit Suisse. Die neue Monsterbank ist ein gigantisches Risiko für das Land. Die bürgerlichen Parteien kümmern's nicht.**

CLEMENS STUDER

29 Milliarden US-Dollar Reingewinn hat die «neue» UBS – alte UBS und CS zusammen – im zweiten Quartal 2023 gemacht. Ebenfalls 29 Milliarden weist die UBS als «negativen Goodwill» aus. Dieser stammt aus der vom Bundesrat organisierten und vom Bund und von der Schweizerischen Nationalbank mit Notrecht und 259 Milliarden Volksvermögen ermöglichten Übernahme der CS durch die UBS. «Negativer Goodwill» heisst verkürzt: um so viel sind die Aktiven der übernommenen Credit Suisse mehr wert als die 3 Milliarden Franken, welche die UBS für die ganze Bank bezahlen musste. Währlich kein schlechtes Geschäft. Und wesentlich besser als die 1,5 Milliarden Gewinn vor Steuern, die die Bank mit ihren eigentlichen Geschäften verdient hat. Und gerade diese zweite Zahl müsste uns beunruhigen. Denn wir alle garantieren für die UBS.

### STELLEN WEG, RENDITE RAUF

Die neue Monsterbank will weltweit Zehntausende Stellen abbauen, davon mindestens 3000 in der Schweiz. Bis Ende 2026 will die UBS rund 10 Milliarden Franken Personalkosten sparen und damit die Eigenkapitalrendite auf 15 Prozent schrauben. Zur Erinnerung: Bereits einmal rief ein UBS-Chef eine Eigenkapitalrendite von 15 Prozent aus. Der Mann hiess Marcel Ospel, und es war im Jahr 1997. Später stiegen die Eigenkapitalrenditen noch höher, die Börsenspekulan-



**BLANKOCHECK:** Die neue Grossbank geschäftet weiterhin mit faktischer Staatsgarantie – und Rückendeckung der bürgerlichen Parteien. FOTO: KEYSTONE

ten jubelten, die Bank bezahlte Milliarden an Boni aus. Bis dann elf Jahre nach Ospels 15-Prozent-Ansage die Bank knirschte, knackte und faktisch zusammenbrach. Der Bund musste mit Milliarden einspringen.

«Nie mehr» sollte die Allgemeinheit eine Bank retten müssen, die sich verzoxt hat. Hiess es damals. Und das werde auch nie mehr geschehen, sagten die bürgerlichen Parteien. Man habe ja jetzt schliesslich ein «Too big to fail»-Regulato-

### Der «Reform»-Bericht ist schön gestaltet – und bringt so gut wie nichts.

rium. Und die Finanzmarktaufsicht schaue ganz genau hin. Das war natürlich Unsinn. Und die linken Parteien haben das immer wieder

kritisiert und schärfere Regeln gefordert.

### REGULIEREN? WIR DOCH NICHT!

Doch die bürgerlichen Mehrheiten in Parlament und Bundesrat haben sich – auf Wunsch der spendablen Finanzindustrie – hartnäckig geweigert. Und im Lauf der Jahre Regelungen, die den Banken nicht passten, gar wieder rückgängig gemacht. Die Folgen liegen klar auf dem Tisch: Abzocker-Manager haben die Credit Suisse ungestört in den Untergang gewirtschaftet. Die Riesen-Boni flossen bis zum Schluss.

Zu jenem Schluss, als wieder Milliarden an Volksvermögen aufs Spiel gesetzt werden mussten, um eine Bank zu retten. Das «Too big to fail»-Konstrukt erwies sich also so untauglich, wie es die Linke immer einstufte. Wieder war der Aufschrei gross, und wieder verspra-

chen die Bürgerlichen den Bürgerinnen und Bürgern das Blaue vom Himmel herunter. Und tun weiterhin alles, damit sich die Banken nicht eingeschränkt fühlen. Sie wissen schliesslich, woher die Parteispenden kommen.

### BANKER ZUFRIEDEN

Eiligst gab FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter einen Bericht in Auftrag. Der liegt mittlerweile vor. Er heisst «Reformbedarf nach dem Untergang der Credit Suisse», umfasst knapp 90 Seiten und ist schön gestaltet. Und inhaltlich? Wenig bis nichts. Ein bisschen am «Too big to fail»-Regime (das seine grundsätzliche Untauglichkeit gerade eklatant bewiesen hat) polieren, aber sonst möglichst wenig tun. Das ge-

### Möglichst nichts tun – das kommt bei den Banken gut an.

fällt den Banken: Die Bankiervereinigung lobt den Bericht als «wertvolle und begrüssenswerte Grundlage» für «künftige gesetzliche Regelungen». Lauter könnten die Alarmglocken für das Volk nicht läuten.

Und die bürgerlichen Politikerinnen und Politiker haben bereits begriffen: Möglichst nichts tun, das kommt bei den Banken gut an. Schon warnen sie wieder vor «Überregulierung» und «Kontrollitis» wie nach der UBS-Rettung von 2008. Und auch ganz konkret handeln sie: Im Nationalrat kamen im Frühling SP-Motionen für ein Boni-Verbot und höhere Eigenkapitalvorgaben noch durch. Der Ständerat hat sie jetzt auf die lange Bank geschoben. Unterdessen werkelt eine PUK heimlich, still und leise vor sich hin. Weit nach den Wahlen werden wir wieder von ihr hören. Und weitere Bundesberichte sind in Arbeit. Zeithorizont? Auch weit nach den Wahlen. Unterdessen geschäftet die neue Monster-UBS ungeniert vor sich hin – und hält die Schweiz weiter in Geiselhaft.

Lesen Sie auch «rosazukunft»: Die UBS gehört verstaatlicht (Seite 12).

## Logistik-Konzern Ceva zahlt nicht einmal 3500 Franken Mini-Löhne für Zalando-Auspackerinnen

**Corona machte den Reederei-Milliardär Rodolphe Saadé noch reicher. Die Frauen, die in seiner Firma Ceva Zalando-Retouren auspacken und sortieren, haben nichts davon.**

CHRISTIAN EGG

Der Familie Saadé geht es gut. Ihre Firma, vor 45 Jahren von Vater Jacques in Marseille gegründet, ist über die Jahre zur drittgrössten Containerschiff-Reederei der Welt aufgestiegen. Das Unternehmen mit dem sperrigen Namen CMA CGM ist heute Hauptsponsor des Fussballklubs Olympique Marseille. Das Logo der Tochterfirma Ceva prangt auf den Formel-1-Rennautos von Ferrari.

Firmenboss ist Rodolphe Saadé (53), Sohn des Gründers. Zusammen mit seinen zwei Geschwistern besitzt er gut 70 Prozent der Aktien. 2021 betrug

ihren geschätztes Vermögen 6 Milliarden Euro. Dann kam Corona und jagte die Frachtpreise in die Höhe. Und damit den Gewinn der Reedereien. Das Vermögen der Saadés explodierte: von 6 Milliarden auf 36 Milliarden Euro, 2023 kamen noch einmal 3 Milliarden dazu.

**ZALANDO.** Zu diesem Reichtum beigetragen hat Semra Morina\*. Sie arbeitet im so-touristischen Neudorf für die Firma Ceva, Teil

### Anderthalb Minuten Zeit pro Zalando-Paket.

des Saadé-Imperiums. Sie öffnet Zalando-Pakete, die von der Kundschaft zurückgeschickt wurden. «Dann kontrolliere ich, ob die Kleider im Originalzustand sind oder ob sie anprobiert wurden.» Anderthalb Minuten hat sie



**BÜEZ AM BAND:** Ceva Logistics beschäftigt in Neudorf SO bevorzugt Frauen, mehrheitlich temporär. FOTO: ZALANDO

dafür Zeit. Über ein ähnliches Zalando-Retourenzentrum in der Ostschweiz berichtete work schon 2017: **rebrand.ly/direct1**. In Neudorf beschäftigt die Ceva bis zu 450 Mitarbeitende, die Mehrheit ist nur temporär angestellt. 96 Prozent davon sind Frauen.

**UNTERIRDISCH.** Von den Milliardengewinnen der

Familie Saadé merken sie nichts: Ihr Monatslohn beträgt nicht einmal 3500 Franken brutto. Das zeigen Lohnabrechnungen, die work vorliegen. Und einen 13. Monatslohn gibt's auch nicht. Roman Künzler, Unia-Branchenleiter Logistik, rechnet vor: «Das ergibt einen Stundenlohn von nur gerade 21 Franken. Das ist weit unterhalb

des branchenüblichen Lohnes!» Er kennt die Zahlen: Die Grossverteiler und die meisten Online-Händler zahlen auch Ungelernten über 4000 Franken brutto – und den Dreizehnten. Das ergibt Stundenlöhne zwischen 27 und 32 Franken.

Jetzt wollen sich die Ceva-Leute ihren miesen Lohn nicht mehr gefallen lassen: 166 von ihnen unterzeichneten einen Brief, der die Firma auffordert, über bessere Löhne zu verhandeln. Doch die Chefs lehnten ab. Denn für dieses Jahr hätten alle Mitarbeitenden 2 Prozent Lohnerhöhung plus eine einmalige Zahlung wegen der Teuerung erhalten.

Langsam wächst in Neudorf der Frust. Dazu Unia-Mann Künzler: «Bisher haben die Ceva-Mitarbeitenden anständig gefragt. Aber wenn das nichts bringt...»

\*Name geändert